

Gegenwart gesprochen wird, müsste nicht auch die Frage Erwähnung finden, wie sich die Wiedervereinigung auf diese Beziehungen auswirkte?

Geschichte wird hier noch immer in der Sprache des Kalten Krieges, und zwar aus westdeutscher Sicht, dargestellt, wobei die Perspektive von den damals vorherrschenden Machtkonstellationen des Ost-West-Konflikts ausgeht. Wäre es aber nicht endlich an der Zeit, der ostdeutschen Bevölkerung ein eigenes Kapitel deutscher Geschichte zuzubilligen? Es besteht inzwischen reger Schüleraustausch zwischen ostdeutschen und französischen Schulen. Im Zeitgeschichtlichen Forum zu Leipzig, dem Pendant des Bonner Hauses der Geschichte (S. 44), finden sich immer wieder französische Schülergruppen ein, die sich speziell mit der Geschichte von Unterdrückung und Opposition in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der deutschen Teilung auseinandersetzen wollen. Bis 1990 unterschied sich der Lebensalltag der Ostdeutschen ungeachtet westdeutscher Staatsraison recht wesentlich von dem der Westdeutschen. Die Bundesrepublik der Gegenwart ist nicht die Bundesrepublik Adenauers zur Zeit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags; sie ist auch nicht die Bundesrepublik des Jahres 1989.

Defrance und Pfeil diskutieren in ihrem Vorwort Reaktionen auf den Élysée-Vertrag, wobei sie ein Unterkapitel dem Kalten Krieg allgemein und weitere einzelnen wichtigen Akteuren wie den USA und der Sowjetunion widmen. Die Rhetorik des Kalten Krieges bleibt hier trotz allem präsent, denn das Kapitel zur Reaktion der DDR steht unter der Überschrift von »deutsch-deutschem Systemwettstreit« im Zeichen des Élysée-Vertrags. Es gibt zwei weitere Unterkapitel zur Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschlands und Frankreichs (S. 12–28). Folglich fällt es auch fünfzehn Jahre nach ihrem Untergang noch schwer, die DDR als Staat anzuerkennen. Dann wieder werden Bezüge zu z.B. den Vereinigten Staaten bis zum jüngsten Irakkrieg verfolgt, womit auch gleichzeitig die wandelnden Beziehungen der drei Staaten USA, Frankreich und Bundesrepublik Deutschland im Wandel der Zeit diskutiert werden.

Der vorliegende Band stellt einen wichtigen Beitrag zur bewegten Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen dar. Er verschaffen dem Leser eine solide und umfassende Grundlage, präsentiert aber auch zahlreiche weiterführende Materialien und wirft vor allem Fragen auf, die durchaus zu weiterführenden Diskussionen anregen sollten. Letztlich ist der Band selbst ein Meilenstein deutsch-französischer Beziehungen, da er eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen auf wissenschaftlichem Gebiet verkörpert.

*Anja Becker*

*Rolf Steininger, Der vergessene Krieg. Korea 1950–1953, München: Olzog 2006, 247 S., EUR 24,90 [ISBN 978-3-7892-8175-4]*

Der Kalte Krieg wurde nicht zuletzt von der Einschätzung der Führungsmächte bestimmt, einer militärischen Bedrohung gegenüberzustehen und die Sicherheit durch enorme Rüstungsanstrengungen gewähren zu müssen. Anfänglich war das noch nicht der Fall. Im Westen entschlossen sich die USA erst 1948/49 im Verlauf einer »großen Debatte«, dem politischen und militärischen Schutz, den ihre Truppenpräsenz Westeuropa vorerst bot, nach deren irgendwann zu erwartendem Ende durch eine Bündniszusage Dauer zu verleihen. Der Abschluss des Nordatlantik-

vertrages änderte aber nichts daran, dass die sowjetische Armee in der Lage war, die Länder im Westen des Kontinents zu erobern. Die Hoffnung, der Kreml werde sich dazu nicht entschließen, beruhte auf der Annahme, dass er – wie schon in der Berlin-Krise von 1948/49 – den militärischen Konflikt mit den Amerikanern scheute, die nicht nur (bis Sommer 1949) das Atombombenmonopol besaßen, sondern auch über ein überlegenes Mobilisationspotenzial verfügten. Umgekehrt sah Stalin seine zahlenmäßig überlegenen Streitkräfte in Europa als Sicherheitsgewähr, die es zusammen mit dem baldigen Besitz atomarer Kapazitäten erlaubte, weitergehende Rüstungsvorhaben zugunsten des Wiederaufbaus der weithin kriegszerstörten UdSSR zurückzustellen.

Das änderte sich schlagartig, als am 25. Juni 1950 der Korea-Krieg mit dem Überfall des kommunistischen Nordens auf den Südtteil des Landes begann. Im Westen sah man darin den Beginn einer sowjetischen Offensive, deren Fortsetzung anderswo zu erwarten stand. Präsident Truman reagierte gemäß dem Postulat, man müsse den Anfängen wehren, zur Überraschung des Kreml mit der Entsendung von Truppen, die den Aggressor gerade noch zum Stehen brachten und ihn dann weit nach Norden zurückwarfen. Die Westeuropäer wurden aufgeschreckt. Die Aussicht, im Falle eines Krieges von der UdSSR zunächst besetzt und später von den USA befreit zu werden, war wegen der zu erwartenden Schrecken und Zerstörungen höchst unerfreulich. Eine funktionierende Abwehr erschien unerlässlich. In Washington zeigte man sich bereit, den dazu verlangten Beitrag zu leisten, sagte kampffähige Verbände zu (die man bis dahin in Europa nicht stationiert hatte) und machte zur Bedingung, Westeuropa müsse die eigenen Ressourcen zur Verteidigung ausschöpfen. Der Aufbau westdeutscher Truppen war nicht mehr tabu, die NATO-Militärorganisation entstand, und fortan wurde die Politik der westlichen Staaten entscheidend vom Willen bestimmt, die Sicherheit mit militärischen Mitteln zu wahren.

In Washington übersah man die Anzeichen, dass Peking eine Beseitigung Nordkoreas nicht zulassen würde. Als chinesische »Freiwillige« unerwartet in den Korea-Krieg eingriffen, entgingen die US-Truppen nur durch die ungewöhnliche Courage und Leistung General Ridgways der Katastrophe. Als die Lage stabilisiert wurde und Südkorea wieder in amerikanischer Hand war, erkannte man, dass der Sieg nur errungen werden konnte, wenn man die rückwärtige Versorgung des Feindes unterband. Deshalb forderte General McArthur als Oberkommandierender Atomschläge gegen chinesisches Territorium. Truman jedoch entschied, dass das Eskalationsrisiko zum generellen Krieg zu groß war. Die Existenz Nordkoreas wurde daher nicht mehr in Frage gestellt.

Rolf Steininger stellt die militärischen Vorgänge in Korea und die Entscheidungen in Washington weithin anhand eigenen Studiums amerikanischer Akten dar. Die Entwicklungen auf östlicher Seite im Beziehungsdreieck Moskau – Pjöngjang – Peking dagegen entnimmt er den Dokumentenpublikationen und Forschungsarbeiten anderer Autoren. Die westliche Annahme, dass Stalin hinter dem Überfall auf Südkorea stand, traf zwar zu, doch die Vermutung, er habe das als Auftakt zu einem weltweiten Angriff, vor allem auch auf dem europäischen Schauplatz, gedacht, entsprach in keiner Weise seiner Absicht. Der sowjetische Führer hatte sich vielmehr erst mit dem Vorhaben des nordkoreanischen Staats- und Parteiführers Kim Il-sung einverstanden erklärt, als ihm dieser unter Hinweis auf das militärische Kräfteverhältnis und auf – in einen falschen Kontext gestellte – amerikanische Aussagen versicherte, es werde sich um eine rasch zu beendende

Aktion handeln, bei der Weiterungen, insbesondere eine Beteiligung der USA, nicht zu befürchten sei. Als diese dann gleichwohl eingriffen, glaubte Stalin an ein Betrugsmanöver. Demnach hatte Washington den nordkoreanischen Angriff provoziert, um unter Hinweis darauf im eigenen Land und bei den Verbündeten den Widerstand gegen Aufrüstungsabsichten zu überwinden. Diese wiederum schienen ihm Kriegswillen anzuzeigen, den er mit forcierter Gegenbewaffnung der UdSSR, der Satellitenstaaten und schließlich auch der DDR (die bis dahin nur eine Truppe besaß, die zum Einsatz gegenüber der Bundesrepublik nach einem Abzug der Besatzungsmächte bestimmt war) beantwortete. Auch in Moskau hielt mithin eine militariserte Wahrnehmung des Ost-West-Konflikts Einzug.

Rolf Steininger stellt den Korea-Krieg, dessen menschliche Tragödie und historische Bedeutung in der westlichen Öffentlichkeit weithin vergessen sind, in seinen verschiedenen politischen und militärischen Aspekten außerordentlich klar und übersichtlich dar. Das Werk ist sowohl dem Fachhistoriker als auch dem interessierten Laien sehr zu empfehlen.

*Gerhard Wettig*

*Hartmut Soell, Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München: Deutsche Verlags-Anstalt 2003, 957 S., EUR 39,90 [ISBN 3-421-05352-9]*

An Biografien über den zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzler herrscht inzwischen kein Mangel mehr. Mit seiner Teilbiografie porträtiert der Autor allerdings erstmals in so breiter Auswertung von Originalquellen den persönlichen und politischen Werdegang dieses Spitzenpolitiker bis zu seinem Eintritt in die erste Bundesregierung unter Führung der SPD. In ihr sollte Helmut Schmidt vom Verteidigungs- zum Superminister und schließlich bis zum Kanzler aufsteigen. Unvorbereitet – das kann dieses Heranführen an die unmittelbare politische Verantwortung schon bis 1969 zeigen – ging er dabei keinen seiner späteren Kabinettsposten an. Der erste Verteidigungsminister seiner Partei (1969–1972) war in der Aufbauphase der Bundeswehr einer der profiliertesten sozialdemokratischen Sprecher in Verteidigungsfragen gewesen; der spätere Finanz- und Wirtschaftsminister (1972–1974) hatte 1945–1949 Volkswirtschaft an der Universität Hamburg studiert und anschließend als Mitarbeiter des Wirtschaftssenators Karl Schiller (SPD) praktische wirtschaftspolitische Einsichten gewonnen; der zweite Bundeskanzler der sozialliberalen Koalition (1974–1982) hatte bereits als Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag seinem Parteivorsitzenden und Außenminister Willy Brandt während der Großen Koalition gesamtpolitisch den Rücken freigehalten. Sein Weg seit dem Eintritt in die SPD und der Wahl zum Vorsitzenden des Sozialistischen Hochschulbundes (SDS) über den Hamburger Regionalpolitiker bis zum Bundespolitiker weist diese herausgehobene politische Karriere denn auch als frühes Beispiel für den Typus eines Berufspolitikers aus. Die Breite seiner politischen Interessen und Verwendungen wie sein frühzeitig unter Beweis gestellter Sachverstand ließen Schmidt aus der Sicht von Zeitgenossen wie Nachbetrachtern – gleichermaßen bewundernd wie gelegentlich auch kritisiert angemerkt – durchgängig als den Typus des politischen Fachmanns schlechthin erscheinen.

Eingehend wird dazu in einem Prolog zur Stadtgeschichte Hamburgs an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der soziale Erfahrungs- und frühe politische